

Direkte Demokratie Jetzt!

Rahmenprogramm
zur Landtagswahl in Hessen
am 08. Oktober 2023

 dieBasis
Landesverband Hessen

Über unser Rahmenprogramm

Dieses Rahmenprogramm umfasst wichtige Punkte, die unsere Mitglieder in einer Umfrage abstimmen konnten. Zur Auswahl standen 113 Punkte, die jedes Mitglied für sich selbst geprüft hat. Anschließend wurde bewertet inwieweit der Aussage zugestimmt werden kann. Eingang in dieses Programm fanden nur Punkte mit hoher Zustimmung.

Die Gliederung erfolgte anhand der politischen Ressorts.

Das Rahmenprogramm wurde schließlich auf dem Parteitag am 17. März 2023 diskutiert und beschlossen.

Standpunkte zu anderen und aktuellen Themen finden sich auf unseren Webseiten oder auf unseren Social Media-Kanälen.

In eigener Sache

Für uns ist Demokratie etwas Lebendiges. Wichtige Entscheidungen in der Politik müssen stets auch den Willen der Menschen widerspiegeln. Dieses Rahmenprogramm wurde erstellt, weil viele Menschen immer wieder fragen, für welche Werte wir einstehen und wofür wir stehen.

Davon unabhängig sind wir uns bewusst, dass eine Politik – wie wir sie in den letzten Jahren häufig erlebt haben – welche den Menschen ihre Regeln aufzwingt keinen Weg in die Zukunft weisen kann. Das Resultat ist eine sich ausbreitende Politikverdrossenheit.

Wir wollen das ändern und zwar indem wir die Menschen mitnehmen. Dafür ist ein lebendiger Diskurs sehr wichtig und notwendig. Das kann schließlich auch dazu führen, dass die Menschen sich anders entscheiden, als wir es tun würden. Doch genau das ist die Essenz direkter Demokratie.

Kürzlich meldete der Politiker einer anderen politischen Vereinigung Bedenken ob unserer Verfassungsmäßigkeit an, weil wir die repräsentative Demokratie „abschaffen“ wollen würden, bzw. durch mehr direkte Demokratie ersetzen.

Das Gegenteil ist der Fall. Wir wollen der Demokratie zu ihrem Recht verhelfen und sie wiederbeleben, indem wir einen Teil der Verantwortung in die Hände des Souveräns – des Volkes – legen. Unsere Aufgabe begreifen wir vielmehr darin nach seinem Willen zu handeln.

Gerade auf Landesebene gibt es das Instrument der Volksabstimmungen bereits. Es wird nur viel zu selten davon Gebrauch gemacht. Dabei gäbe es viele Themen, von denen die Menschen direkt betroffen sind und bei denen sie dementsprechend auch die Gelegenheit erhalten sollten mitzubestimmen.

Wahr ist also vielmehr, dass wir die Gewichtung verschieben möchten. Unser Bestreben liegt darin, die Macht von Parteien zu begrenzen – durch das Volk. Viel zu selten lösen Politiker und auch Parteien ihre Wahlversprechen ein und müssen keine Konsequenzen fürchten. Sie begründen das in der Regel mit einer veränderten Situation. Lobbyismus und Vetternwirtschaft sind für uns kein notwendiges Beiwerk der Politik. Sie haben in einer Demokratie keinen Platz.

Politiker sind Angestellte des Volkes und dementsprechend einem Eid verpflichtet. Auf Bundesebene beinhaltet dieser Eid, „Schaden vom Volk abzuwenden und seinen Wohlstand zu mehren.“

Wir wollen, dass Worte wie diese wieder eine Bedeutung haben und eine Verpflichtung bedeuten.

Recht und Justiz

1. Grundrechtseinschränkungen durch Verordnungen – Grundrechtseinschränkungen oder Notstandsgesetze können nur durch eine 2/3 Mehrheit, einer namentlichen Abstimmung und von der kleinsten Volksvertretungsebene aus erfolgen: Abstimmung zuerst durch die Kommunalparlamente, dann durch die Landesparlamente und zuletzt durch den Bundestag.
2. Das Grundrecht auf die Unversehrtheit des Körpers kann nie durch ein Notstandsgesetz oder eine Verordnung aufgehoben werden. Die körperliche Unversehrtheit und die Selbstbestimmung über den eigenen Körper müssen (gemäß Nürnberger Codex) immer gewährleistet sein.
3. Richter und Staatsanwälte müssen partei- und regierungsunabhängig sein. Die Weisungsbefugnis durch Ministerien muss aufgehoben werden.
4. Sind Bürger von einer Regierungsmaßnahme betroffen, müssen Eilverfahren durch betroffene Bürger zugelassen werden.
5. Informationsfreiheitsgesetz auf Landesebene soll auch auf kommunale Ebene ausgeweitet werden.
6. Sammelklagen auf Bundes- und auf Landesebene zulassen.
7. Aufhebung der Immunität von Ministern und Abgeordneten. (persönliche Haftung von Politikern)
8. Alle Minister dürfen nicht ernannt, sondern müssen demokratisch vom Parlament gewählt werden.
9. Juristische Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen, auch durch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss.

10. Reduzierung von Gesetzen und Verordnungen zum Abbau der Bürokratie durch Einsetzung einer regierungsunabhängigen Kommission.

11. Gesetzliche Verankerung der Souveränität gegenüber nicht parlamentarischen, bzw. nicht demokratisch legitimierten Organisationen (WHO, NATO). Diese dürfen nur Empfehlungen aussprechen.

12. Trennung unserer demokratischen Organe von privaten Organisationen, wie z.B. WEF.

Wirtschaft

1. Abschaffung der Ministererlaubnis beim Kartellrecht.

1. Erhalt des Bargeldes und seine Annahme als gesetzliches Zahlungsmittel verpflichtend machen.
2. Ausländische und international agierende Unternehmen müssen angemessene Steuern entrichten.
3. Förderung des sozialen Wohnungsbaus - Wohnen muss bezahlbar bleiben.
4. Förderung von Selbstständigkeit und Unternehmertum, vor allem regionaler Hersteller und des Mittelstands.
5. Abgaben- und steuerfreies Existenzminimum.
6. Zweckgebundene Steuermittel sind rechenschaftspflichtig.

Gesundheit

1. Aufhebung aller Coronamaßnahmen und Einschränkungen, wie des Besuchsrechts in Gesundheitseinrichtungen.
2. Keine Impf- und Maskenpflicht, auch nicht einrichtungsbezogen. Zwang und Nötigung sind unter Strafe zu stellen.
3. Keine Diskriminierung anhand des Impfstatus.
4. Keine Ausschließlichkeit von mRNA-Impfstoffen.
5. Mehrfachimpfstoffe müssen auch als Einzelimpfstoffe verfügbar sein.
6. Die zuständigen Behörden müssen die Arzneimittelsicherheit ohne Einfluss sonstiger Interessen sicherstellen, besonders bei neuartigen Impfstoffen.
7. Die Beweispflicht über die Unschädlichkeit eines Medikamentes und die Haftung dafür liegt immer beim Pharmaunternehmen und dem, der das Medikament in Deutschland in Verkehr bringt.
8. Finanzielle Förderung und Ausbau der häuslichen Pflege, zur Entlastung der Pflegeheime.
9. Ausbau der ambulanten medizinischen Versorgung durch die Einrichtung von Ärztehäusern und ärztlichen Hausbesuchen, um Krankenhäuser zu entlasten.
10. Kennzeichnungspflicht aller Arzneimittelinhaltsstoffe, einschließlich mRNA-Arzneimitteln für Mensch und Tier, Haftung der Hersteller auch bei Verunreinigungen.

11. Kein steuerfinanzierter Medikamenten- und Impfstoff-Einkauf zentral durch die Regierung mehr, sondern Bestellung und Abrechnung über die Krankenkassen.

12. Die Alternativmedizin muss der Schulmedizin gleichgestellt werden.

13. Freie Arzneimittelwahl und kein Ausschluss von Naturheilmitteln. (Diese müssen den gleichen Anforderungen unterliegen)

14. Die Unabhängigkeit von Ärzten von der Pharmaindustrie und zur freien Therapiewahl muss gewährleistet sein.

15. Das Bundesamt für Strahlenschutz muss die gesundheitlichen Auswirkungen von 5G untersuchen.

16. Gewinnorientierung im Gesundheitssystem beenden. Die unpersönliche Standard-Therapie von Symptomen ist durch eine individuelle Patientenversorgung zu ersetzen.

Bildung, Wissenschaft und Kultur

1. Studium und Schulsysteme ohne politisch gesteuerte Ideologie und ohne Einfluss von Lobbyisten, Förderung von kritischem Denken und Hinterfragen.
2. Recht auf Bildung auch außerhalb des Schulsystems.
3. Kleinere Klassengemeinschaften mit maximal 25 Schülern.

Außenpolitik

1. Grundsätzlich keine Waffenlieferungen in Kriegsgebiete - Diplomatie und Friedensverhandlungen priorisieren.
2. Global unabhängige europäische Außenpolitik.
3. Vormachtstellung der USA in der NATO beenden.

Klimaschutz und Umweltschutz

1. Bürokratische Hürden für die Selbstversorgung durch Energiegewinnung (z.B. Solarenergie, Wärmepumpen) abbauen (sowohl für Privathaushalte als auch nachbarschaftliche Gemeinschaften).
2. Energieunabhängigkeit vom Ausland und Bezahlbarkeit der Energie muss Vorrang vor CO₂-Einsparungszielen haben.
3. Keine Energie- und CO₂-Steuern auf die Grundversorgungsmenge von Privathaushalten.
4. Keine Mehrwertsteuer auf Wasser.
5. Energieversorgung zum Allgemeinwohl in kommunale Verantwortung bringen, keine Bevorzugung profitorientierter Großkonzerne.

Ernährung und Landwirtschaft

1. Die regionale Versorgung mit Lebensmitteln fördern.
2. Der Vernichtung von Lebensmitteln stärker entgegenwirken und die Verteilung an Bedürftige fördern.
3. Anreize für regionalen Vertrieb und Hofläden schaffen.
4. Eindeutige Kennzeichnung aller Zutaten von Lebensmitteln, ohne Ausnahme.

Arbeit und Soziales

1. Keine staatliche Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen. (NGOs)

1. Deutsch soll als Amtssprache in der Verfassung verankert werden.
2. Entscheidungen und Zuständigkeiten sollen möglichst auf der untersten politischen Ebene erfolgen. (Subsidiaritätsprinzip)
3. Die Hürden für Volksentscheide senken.
4. Volksabstimmungen über wichtige Entscheidungen der Landespolitik als Regelfall.
5. Sofortige Abschiebung von straffällig gewordenen Zuwanderern.
6. Die Landesregierung muss alle Beraterverträge offenlegen.
7. Der Hessische Rundfunk soll über die Landespolitik informieren und alle Landtagsdebatten übertragen.
8. Der Hessische Rundfunk soll die vorhandene Meinungsvielfalt abbilden, keine Staatspropaganda.
9. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird über Steuern finanziert - Gebühreneinzug wird abgeschafft.

Digitales und Verkehr

1. Es soll ein Recht auf „analoges Leben“ geben. Dinge des täglichen Bedarfs- und Verwaltungsangelegenheiten müssen immer auch ohne Smartphone, Internet, E-Mail möglich sein.
2. Digitalisierung ist kein Selbstzweck – Keine Bevorzugung des digitalen Weges.
3. Der Bürger hat einen Auskunftsanspruch auf seine gespeicherten Daten dem unmittelbar nachzukommen ist.
4. Kostenfreie Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln für Schüler und Studenten zu Bildungseinrichtungen.
6. Keine Subventionen für E-Autos.
7. Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer, keine Benachteiligungen für Autos mit Verbrennungsmotor.

Impressum

Verantwortlich für Inhalt und Gestaltung:
Basisdemokratische Partei Deutschland
Landesverband Hessen
Eschborner Landstraße 42-50
60489 Frankfurt

Kontakt: post@diebasis-he.de

diebasis-he.de

Wenn ihr unsere Arbeit unterstützen wollt:

Spendenkonto
Empfänger: dieBasis LV HE
Bank: Volksbank Mittelhessen eG
IBAN: DE10 5139 0000 0021 4332 09
BIC: VBMHDE5F
Verwendungszweck bitte angeben: allgemeine Spende



08. Oktober 2023



 dieBasis

Wählen und Deine Stimme behalten